

Interview:

mit dem nepalischen Premierminister Girija Prasad Koirala

"Der Premier des ärmsten Landes der Welt zu sein, ist ein schrecklicher Job", klagt Koirala im Anschluß an das Interview. Zeit seines Lebens war der jüngere Bruder des berühmten B.P. Koirala mit der nepalischen 'Congress'-Partei und der Demokratiebewegung seines Landes verbunden. Er studierte in Varanasi (Indien), später beteiligte er sich an der Revolution von 1950/51 in Nepal, die zum Sturz des Rana-Regimes führte. Seine politische Tätigkeit brachte ihm sieben Jahre Gefängnis und längere Zeit Hausarrest ein. 1976 wurde Koirala zum Generalsekretär des 'Nepali Congress' gewählt und bei den Wahlen 1991 konnte er seine Konkurrenten um das Amt des Premiers schlagen, was diese aber nun bewegt, ihm dieses Amt besonders schwer zu machen. Mit dem Premier sprach Ingrid Decker.

Sie und Ihre Regierung haben die Internationalisierung des Problems bhutanischer Flüchtlinge in Südnepal angekündigt. Was hindert Sie noch daran, dies zu tun?

Nepal hat große ökonomische aber auch Umweltbelastungen zu tragen, obendrein schaffen die Flüchtlinge aus Bhutan auch soziale Unruhe. Deshalb muß dieses Problem auf jeden Fall gelöst werden. In Dhaka (anlässlich des Gipfels der Südasiatischen Staatengemeinschaft, SAARC, Anm.d.Red.) traf ich König Jigme. Wir waren übereingekommen, gemeinsam eine Kommission ins Leben zu rufen, die herausfinden soll, welche Flüchtlinge nun aus Bhutan kommen und welche nicht. Wir waren übereingekommen, daß alle Bhutan-Flüchtlinge in Würde zurückkehren sollen. Später aber, ich weiß nicht warum, konnte die Delegation dem Terminus 'Bhutan Flüchtlinge' nicht zustimmen, stattdessen wollten sie diese Menschen 'displaced person' nennen. Dem konnten wir aber wiederum nicht zustimmen. Die Gespräche scheiterten damit. Nun denke ich, sollten wir die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf uns lenken. Danach werde ich mich an die indische Regierung wenden. Falls Indien sich nicht dafür interessieren sollte, werden wir drittens das Problem internationalisieren. Aber ich möchte immer noch, daß wir das Problem mit Bhutan bilateral lösen, denn wir hatten bisher gute und herzliche Beziehungen. Falls Bhutan initiativ wird, sind wir bereit, Gespräche zu führen (siehe auch 'Südasiens', 3/93, d.Red.).

Ihre Regierung hat angekündigt, die Frauen in den sogenannten 'mainstream' zu integrieren. Wie Sie sicherlich wissen, sind die Frauen Nepals bereits im 'mainstream der Arbeit', um es mal so zu formulieren. Sie sorgen für Familie und die Arbeit in der Landwirtschaft, während Männer wesentlich weniger Zeit produktiven Tätigkeiten nachgehen. Was wollen Sie da verändern?

Ich bin persönlich daran interessiert, daß Frauen zum Fortschritt des Landes beitragen. In der Nationalen Planungskommission sollen auch Frauen sitzen, ebenso soll jede Regierungsstelle Frauen beschäftigen. In den Dörfern planen wir Erziehungs- und Handwerksprogramme zusammen mit Frauen. Ich selbst respektiere Frauen in höchstem Maße und ich habe das Gefühl, daß Frauen mehr Verantwortungsgefühl haben als Männer. Wenn man ihnen Aufgaben überträgt, läuft alles bestens. Ich denke, Frauen arbeiten besser als Männer.

Nach Ihrem Regierungskonzept sollen Frauen auch gleichbehandelt werden in Bezug auf das Erbrecht und das Recht auf Staatsbürgerschaft für diejenigen Frauen, die mit Ausländern verheiratet sind.

Ja, in unserer Gesellschaft wird unterschieden zwischen Sohn und Tochter, sie werden nicht gleichbehandelt. Es ist ein falsches Konzept, aber auch Gesetze werden daran so schnell nichts ändern

können. Ich möchte das ändern, aber selbst in meiner Partei gibt es großes Geschrei, wenn es um Gleichberechtigung geht. Also, das wird alles etwas dauern. Die Frauen, die Ausländer heiraten, sollen in Zukunft eine längere Aufenthaltsgenehmigung für ihre Ehemänner erhalten, sofern sie in Nepal leben.

Die Teppichindustrie gilt als wichtige Industrie. Der Staat hat davon jedoch relativ wenig, weil dieser Industriezweig Steuerfreiheit bis zu fünf Jahren und andere Vergünstigungen erhält. Obendrein hat die Teppichindustrie große soziale und ökologische Probleme im Kathmandutal heraufbeschworen. Warum zögert die Regierung immer noch, mit schärferen Maßnahmen z.B. gegen die weit verbreitete Kinderarbeit in diesem Bereich vorzugehen?



Girija Prasad Koirala (Foto: Ingrid Decker)

Die Teppichindustrie ist unser wichtigster Industriezweig. Sie sollte deshalb nicht aussterben, sie sollte woanders angesiedelt werden. Wir wollen eine neue Fabrik erstellen, wo Teppiche nach dem Knüpfen weiterbehandelt werden. Eine Dame, sie ist Generalkonsul in Stuttgart, hat das hier vorgestellt. Damit können wir das Wasserverschmutzungsproblem lösen. Zweitens möchte die erwähnte Dame die Industrie besser verteilen, sie auch in die Dörfer bringen, zusammen mit Bildungseinrichtungen. Drittens ist es sehr lange her, daß es Kinderarbeit in diesem Bereich gab. Gemäß einem neuen Gesetz soll jede Industrie, die Kinder beschäftigt, schwer bestraft werden (die Strafe beträgt 5.000 Rupien, ca. 100 US-Dollar, d.Red.). Industrien sind geschlossen worden aus diesem Grund. Es gibt nur noch wenige Minderjährige in diesem Sektor.

Ich bezweifle Ihre Aussagen. Kennen Sie vielleicht die Studie der Organisation CWIN (Child Workers in Nepal) über Kinderarbeit in der Teppichindustrie. Diese Studie enthüllt, daß 150.000 Kinder in den Fabriken beschäftigt sind. Die Untersuchung ist nicht einmal drei Monate alt.

Also, wenn Sie feststellen, daß irgendwo eine Fabrik ein Kind beschäftigt, dann wird sie sofort geschlossen. Zwei bis drei Besitzer oder Manger sind festgenommen worden deshalb. Ich denke, Sie können nachsehen, ob es noch Kinderarbeit gibt.

Die Politik des Panchayatregimes hat u.a. die Landflucht vom Himalaya ins Kathmandual und anderswohin ausgelöst. Auch die Einrichtung von Nationalparks und 'conservation areas' hat die nepalische Farmerfamilie von lebenswichtigen Ressourcen wie Brennholz, Heilpflanzen und Tierfutter getrennt, um nur einige zu nennen. Ebenso die fehlende Infrastruktur veranlaßte

die Bevölkerung, die Dörfer zu verlassen. Wie gedenkt die demokratisch gewählte Regierung mit diesen Problemen umzugehen?

Dies ist sicherlich ein großes Problem. Die Menschen wandern ins Teraigebiet, weil es keine guten Schulen für die Kinder, keine ausreichende Gesundheitsvorsorge und keine Industrie dort in den Dörfern gibt. Solange wir da nichts ändern, werden die Menschen weiter fortgehen. Dann das Problem mit den Nationalparks. Den Menschen ist es nicht erlaubt, in den Wald zu gehen (und von ihm zu leben). Deshalb denken wir daran, die Grenzen neu zu demarkieren. An den Grenzen wollen wir dann Wald und Gras anpflanzen (wo z.B. Vieh grasen kann). Ausländische Geber sind bereits daran interessiert, das in Angriff zu nehmen. Ich habe viele Dörfer besucht und mir die Klagen der Bauern angehört. Es muß nun schnell etwas geschehen.

Tanakpur scheint das Hauptproblem nepalischer Politik im Moment zu sein. Es gibt große Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und Opposition diesbezüglich. Ist Tanakpur nicht ein Ablenkungsmanöver um damit von anderen wichtigen Probleme, wie z.B. der miserablen Lage der Bevölkerung, abzulenken?

Tanakpur hat davon abgelenkt und Tanakpur ist auch kein Problem, es ist wie ein Sturm im Wasserglas. Ich habe es nicht zum Problem gemacht, sondern die Opposition hat der Regierung unnötige Schwierigkeiten damit bereitet. Wir wollen das Land entwickeln, die Armut bekämpfen, aber unsere Aufmerksamkeit wird immer wieder auf Tanakpur gelenkt. Deshalb wird Tanakpur in der nächsten Session des Parlaments mit einfacher Mehrheit verabschiedet werden (zu Tanakpur siehe 'Südasiens', 3/93, d.Red.).

"Alles im Griff - bis auf die Lager-Langeweile"

von Ludmilla Tüting

Die ethnische Säuberung, eine vornehme Beschreibung für Vertreibung, geht in Bhutan unvermindert weiter. Auf einer internationalen Konferenz in London suchten kürzlich Wissenschaftler und Journalisten nach Lösungsmöglichkeiten.

Am Himalaya-Königreich Bhutan scheiden sich die Geister. Unvoreingenommene und unparteiische Meinungen scheint es über die angespannte politische Situation (siehe 'Südasiens', 4-5/92, 1-2/93 und 3/93) fast nicht zu geben. Die meisten westlichen Wissenschaftler, Journalisten und Hilfswerke scheinen sich auf die Seite der Regierung zu schlagen. Nepal dagegen unterstützt nahezu geschlossen die rund 120.000 Südbhutanen, die aus Bhutan geflüchtet sind. Kein Wunder, handelt es sich bei ihnen überwiegend um Bhutanen nepalischen Ursprungs. 85.000 von ihnen werden zur Zeit in Flüchtlingslagern in

Südost-Nepal betreut, schätzungsweise 10.000 leben außerhalb der Lager in Nepal, ca. 25.000 sollen sich in Nordost-Indien, vor allem in Westbengalen, Assam und Sikkim aufhalten.

Um die Situation auf neutralem Boden einmal "sachlich zu analysieren und konstruktiv zu diskutieren", veranstaltete die renommierte 'School of Oriental and African Studies' der Universität London Ende März in der britischen Hauptstadt eine internationale, zweitägige Konferenz unter dem Titel "Bhutan - ein traditionelles System und die Kräfte der Veränderung" (A traditional order and the forces of change). Es war offensichtlich die erste Konferenz, die jemals über Bhutan abgehalten wurde.

Zusammengekommen war eine illustre Gesellschaft aus der ganzen Welt, darunter Dr. Michael Aris, Oxford, Ehemann der unter Hausarrest stehenden burmesischen Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, Tibetologe und ehemaliger Hauslehrer des Königs von Bhutan; Dr. Bruce Bunting, Washington D.C., Chef des 'World Wildlife Funds' (WWF); Prof. Wolf Kahlen, Berlin, Künstler,

Architekt und Erforscher des auch in Bhutan tätig gewesenen Universalgenies Thangtong Gyalpo (1385-1464); Prof. Leo Rose, University of California, Autorität für Bhutan und Nepal; Prof. Awadesh Coomar Sinha, North Eastern Hill University, Shillong, Experte der Region und Autor des 1991 erschienenen Buches "Bhutan - Ethnic Identity and National Dilemma" und Kanak Dixit, Kathmandu, Herausgeber des Magazins 'Himal'. Bhutan war offiziell vertreten durch Dasho Jigme Thinley, Secretary, Innenministerium; Karma Ura, National Planning Commission und Kinley Dorje, Herausgeber und Chefredakteur der einzigen Zeitung Bhutans, 'Kuensel'.

Vermißt wurden Vertreter der Flüchtlinge und der Opposition im Exil. Die Regierung von Thimphu hatte eine Teilnahme in London von der strikten Bedingung abhängig gemacht, daß keiner der "Terroristen" anwesend sein dürfe. Wäre diese "Erpressung", wie es einige Anwesende nannten, nicht Folge geleistet worden, hätte auch das Risiko bestanden, daß künftig den teilnehmenden Wissenschaftlern das Visum verwehrt